

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 80  
 Fernsprecher: E 7, Weichsel 4071. — Die Zeitung erscheint  
 jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,  
 Berlin O 34, Memeler Str. 80 (Postfachkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,  
 nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk. Anzeigenpreis für die achtegespaltene Borgiszelle 2 Mk.

Nummer 5

Berlin, den 29. Januar 1932

44. Jahrgang

### Der Feind im Rücken

#### Der Kampf der KPD gegen die Arbeiterklasse

Der Kampf der Kommunistischen Partei galt seit ihrer Gründung in erster Linie den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. In den Gewerkschaften erkannten sie jenes Bollwerk, das ihrer Wirksamkeit und Ausdehnungsmöglichkeit eine unüberbrückbare Schranke entgegensehte. Der Kampf gegen die Gewerkschaften konnte wohl auch deshalb an Demagogie und Verlogenheit nicht gut überboten werden. Man versuchte aber auch, durch Gewaltanwendung die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu behindern. Man überfiel nicht nur Gewerkschaftsbüros, sondern auch Verbandstage, Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei werden als der schlimmste Feind der KPD bezeichnet, die rücksichtslos auch unter Preisgabe vitalster Rechte der Arbeiterklasse bekämpft werden müssen. Die Geschichte der KPD wird gekennzeichnet durch eine Kette unangesehener Verrats- und Betrugs an der Arbeiterklasse. Dieses Spiel umkreist die KPD. Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaften und in Wirklichkeit fügt sie der Arbeiterklasse die tiefsten und gefährlichsten Wunden zu. Dieses geschieht alles deshalb, um über die Trümmer der Gewerkschaften hinweg die „Vereinigten Staaten von Sowjet-Deutschland“ errichten zu können. Aus eigener Kraft, trotz maßloser Demagogie, obwohl man die Lüge bewußt als Kampfmittel anwendet, trotz aller Bemühungen, das Vertrauen der Massen zu ihrer Organisation zu erschüttern, ist es ihr nicht gelungen, die Zerstörung der Gewerkschaften zu erreichen. Wer kennt noch alle die Parolen, die die Kommunisten herausgebracht haben, die der Zerstörung der Gewerkschaften dienen sollten, die alle wirkungslos verpufften. An Anweisungen aus Moskau und an dem guten Willen der Hebert und Genossen hat es wahrlich nicht gefehlt, um dieses für sie so verlockende Ziel zu erreichen. Alle die Winkelzüge, List, illegale Methoden, Verschweigen der Wahrheit haben nichts genützt. Sie haben die Kommunistische Partei selbst nur gekennzeichnet. Die Zellenbauerei war tot, ehe sie wirksam werden konnte. Der Gedanke, innerhalb der deutschen Gewerkschaften eine Moskauer Filiale zu errichten, mußte aufgegeben werden. Dann griff man zu dem Schlagwort „Herstellung der Einheitsfront“. Aber auch dieser Köder versagte. Hebrington ist es ganz amüßant, wie sich die KPD die Herstellung der Einheitsfront denkt.

Im „Bolschewik“ wird der Treuerer Mitglied der KPD, der Text gelesen, weil sie mit Arbeiter der SAP eine Einheitsfront herzustellen sich bemühten. Es ist unterhaltsam, was der „Bolschewik“ hierzu schreibt:

„Nun waren einige Genossen der Leitung und auch die Mehrheit der Parteimitglieder der Meinung, man muß eine gemeinsame Sitzung unserer Ortsgruppenleitung und der SAP-Leitung abhalten, um hier über die Frage der Herstellung der Einheitsfront zu verhandeln. Einige Genossen wandten sich sofort gegen diese Taktik und verlangten, daß man mit den Arbeitern der SAP sich in den Kampf stellen gegen den Faschismus zusammenschließen muß, wozu auch die Möglichkeit bestand. Es wurde eine sehr lebhaft verlaufene Mitgliederversammlung der Partei einberufen und hier bogten auch die Genossen ihre richtige Meinung, die die Leitungshandlung ablehnte, mit überwältigender Mehrheit durch, nachdem anfangs die große Mehrheit gegen sie stand.“

In einer öffentlichen Versammlung, die in derselben Zeit stattfand, trat auch der Leiter der SAP, in der Diskussion auf und es zeigte sich

daß es sich hier gerade um einen ganz fanatischen SAP-Mann handelte, der hundertprozentig die Politik der Sowjetunion vertrat und verlangte, daß die Einheitsfront hergestellt werden müsse unter vollkommener Beiseitlassung der bestehenden politischen Differenzen zwischen KPD und SAP. Darüber dürfte überhaupt nicht gesprochen werden, und er propagierte in dieser Versammlung die SAP als sozusagen die Partei der Arbeiterklasse.

Für diesmal ist der Fall also rechtzeitig eingeregelt worden. Doch sollte er zum Anlaß dienen, daß unsere Partei sich bis in ihre kleinsten Einheiten ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt, damit wir brandierische Fehler, die hier leicht möglich sind, vermeiden und auch bei

### Beispiele krankhafter Zerstörungswut

gearbeitet. — Unter anderem wird darin verlangt:

„Im Falle einer herannahenden Aussperrung muß man zur Wahl von Kampfkomitees gegen die Aussperrung schreiten und mehrere Tage vor der Erklärung des Streiks muß man zur Wahl von Streikkomitees übergehen. . . Je mehr Streikkomitees bestehen werden, je leichter werden sie die Masse führen können. In Großbetrieben, wo Zehntausende von Arbeitern beschäftigt sind, müssen die Streikkomitees 200 bis 300 Arbeiter stark sein.“

„Das Streikkomitee muß den Streik führen, in Verhandlungen eintreten, wenn es nötig ist, Vereinbarungen unterzeichnen, wobei es von

### Im Kampf mit dem Drachen Kapitalismus



fällt die KPD. der Arbeiterschaft in den Rücken!

der Bildung der roten Einheitsfront keinen Augenblick vergessen, daß sie nur unter der politischen Führung der Kommunistischen Partei entstehen und kämpfen kann.“

Damit hat die KPD sich selbst demaskiert wie es besser nie geschehen konnte. Daß die kommunistischen Strategen anders verfahren wären, wenn an Stelle der SAP die SPD-Arbeiter gestanden hätten, ist nicht gut anzunehmen. Das Geschrei um die Herstellung der Einheitsfront ist also nichts weiter als ein niedriges Schwindelmanöver zum Arbeiterbetrug. Als dies auch nichts half, schuf man Stoßtrupps, die man mit dem schönen Namen „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ besetzte und denen die Aufgabe zufiel, die Betriebe — zum wie vielen Male? — „zu erobern“ und „Massenstreiks“ hervorzurufen. Unter dem Deckmantel revolutionäre Gewerkschaftsopposition versuchte man, neben den kommunistischen Anhängern alle jene beitragscheuen Arbeiter und Gelbe zu erfassen. Für diese revolutionäre Gewerkschaftsopposition wurde auf einer Konferenz im Jahre 1929 in Berlin eine Reichsarbeiterkonferenz der Kommunistischen Partei abgehalten, in der Hebert und Werker Anweisungen über das Verhalten der Kommunisten bei Streiks und Aussperrungen gaben. Deutlich und klar wird in diesen Richtlinien die Ausschaltung und Zerstückelung der Gewerkschaften gefordert. Losowitsch-Kostau hat diese Richtlinien aus-

vorherin erklären muß, daß alle durch die reformistische Bürokratie abgeschlossenen Vereinbarungen die Arbeiter nicht verpflichten.

2. Das Streikkomitee muß zur Aufgabe haben, den reformistischen Verband aus dem Betrieb zu verdrängen und die Führung des Kampfes aus seinen Händen zu reißen.

3. Das Streikkomitee muß eine Beobachtung der Gewerkschaftsbürokratie organisieren, ihre Tätigkeit verfolgen, Demonstrationen vor dem Verbandsbüro im Falle von Geheimverhandlungen und Machinationen organisieren, Versammlungen der Organisierten und Unorganisierten einberufen und die Verjagung der Gewerkschaftsbörsen verlangen. Geid sammelt und allen Streikenden helfen, systematisch, besonders in den Reihen der sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter, das Vertrauen zum reformistischen, katholischen Gewerkschaftsapparat zerstören.

4. Das Streikkomitee muß zur mächtigen Waffe in den Händen der Gewerkschaftsopposition für die Verdrängung aller Kapitalagenten und Unternehmerverbänden aus den Gewerkschaften werden.

Keinerlei offizielle Vertreter der reformistischen Gewerkschaften dürfen in die Streikkomitees aufgenommen werden. Die geringste Ideelle und organisatorische Abhängigkeit des Streikkomitees vom Gewerkschaftsapparat, die Schwächung des Kampfes gegen ihn kann zur Zerstückelung des Streiks und zum Falle der Autorität der Gewerkschaftsopposition und der durch ihre Initiative geschaffenen Streikkomitees führen.“

Die aus dieser Anweisung sich ergebende Tätigkeit hat zunächst auf die Gewerkschaften wohl störend gewirkt. In dem gesunden Sinn der Massen jedoch mußte aber auch die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ scheitern. Man kam dann zur Gründung der RSD.

Die RSD ist als Gewerkschaftserfahrer gedacht, in der die kommunistischen Arbeiter und alle Unorganisierten zusammengefaßt werden sollen. Es wird ihr die Aufgabe zugewiesen, in den Betrieben Streiks möglichst auf breiter Grundlage anzuzetteln. Die Streiks werden auch dann unternommen, wenn nur eine Minderheit dafür zu gewinnen ist. Es ist zu beachten, daß sich der Streik in erster Linie gegen die Gewerkschaften richtet, die diese unsinnigen Streiks nicht mitmachen können. Aber gerade darauf kommt es der KPD an. Sie braucht ein Stichwort zur Bekämpfung und Beschimpfung der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterschaft. Die Gewerkschafter werden dann als Gelbe, als Streikbrecher und die Organisationsstelle als Streikbrecherorganisation beschimpft.

Wenn die RSD auch keine großen Fortschritte macht, so wird aber durch ihre Tätigkeit die Arbeiterschaft in ihrem Kampf geschwächt und zermürbt. Und auch dieses ist für die KPD ein Aktiopoßten in ihrer verbrecherischen Politik. Die Zerstückelung der Arbeiterschaft ist eines ihrer Hauptziele.

Natürlich erfreut sich die KPD des Wohlwollens der Scharfmacher angeht ihrer verbrecherischen Politik, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Februar 1930 schreibt: „Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion.“

Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.

Das Bürgertum setzt seine Hoffnungen auf die kommunistische Partei.“

Am 21. August 1930 unterzeichnet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ diese Ausführungen nochmals: „Notwendig ist daher vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfters zu betonen Gelegenheit hatten, dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“

Die deutsche Arbeiterschaft muß sich angesichts der Tätigkeit der KPD entscheiden. Sie lieh sich bei den großen Kämpfen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in Zukunft verhält, denn davon wird ihre zukünftige Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben abhängen. Wir wissen wohl, daß die Not der Zeit breite Massen der Bevölkerung zur Verzweiflung und in die Arme der radikalen Parteien, die gewillenes genug sind, ihnen Verirrungen zu machen, die sie niemals erfüllen können, treibt. Gerade deshalb ist es Pflicht aller unserer Mitglieder, den Kampf gegen rechts und links mit aller Kraft aufzunehmen.

# „100 siegreiche RGO.-Streiks“

## Hundertfältiger Schwindel der „Roten Fahne“

Die „Rote Fahne“ verkündet jubelnd der Mitwelt, daß man auch in der gegenwärtigen schlechten Zeit siegreiche Streiks führen kann. Die Gewerkschaften beschuldigt sie, das Streikrecht, durch Abschluß der Notverordnungstarife, durch Tolerierung und Stützung der Brüningregierung preisgegeben zu haben. Wir haben uns nun die Mühe gegeben, die siegreichen RGO.-Streiks näher zu untersuchen und haben gefunden, daß die „Rote Fahne“ ihren Lesern einen faulsticken Schwindel aufgetischt hat. Das Lügen ist nun einmal ein Reservatrecht der KPD., gegen das man vergeblich ankämpft. Da wir aber annehmen, daß die Arbeiterklasse im allgemeinen doch etwas anders denkt als die Redaktion der „R. F.“, so wird es immerhin gut sein, die „R. F.“-Schwindeleien auf ein richtiges Maß zurückzuführen.

### Leipzig

Von der Leipziger Baumwollspinnerei schreibt die „Rote Fahne“: „Ingefallene Streikabstimmung Kündigung von 600 Schichtarbeitern um vier Wochen zurückgestellt.“ Um was handelt es sich? Zwischen der Leipziger Baumwollspinnerei und der Arbeiterklasse bestand seit 1922 eine Abmachung, daß die Pausen bezahlt werden. Im Oktober v. J. kündigte die Firma an, daß nach Ablauf der Kündigungsperiode die Pausen nicht mehr bezahlt werden. Der RGO.-Betriebsrat rief die Arbeiterklasse zusammen und brachte sie dahin, daß sie die Arbeitsverträge aufkündigte. Es fanden dann zwischen dem Arbeiterrat und der Firma Verhandlungen statt, in denen man sich darauf einigte, daß die Kündigung auf vier Wochen zurückgestellt wird. In der Zwischenzeit wird das Arbeitsgericht angerufen, um über die strittigen Punkte eine Entscheidung herbeizuführen. Die Entscheidung der gerichtlichen Instanz ist von beiden Parteien im voraus als bindend angenommen worden. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts ging dahin, daß ein Rechtsanspruch der Arbeiterklasse auf Bezahlung der Pausen nicht besteht. Innerhalb der vier Wochen, während der die Kündigung hinausgeschoben war, spielte die Neuregelung der Tariflöhne in Sachen hinein. Der Betriebsrat benutzte nun diesen Anlaß dazu, einen wilden Streik herbeizuführen, um durch diesen Streik gleichzeitig seinen Mißerfolg bezüglich des Vorgehens in der Pausenbezahlung zu verhehlen. Der Streik brach am 9. November 1931 aus und ist am 19. November 1931 beendet worden. Unsere Leipziger Geschäftsstelle schreibt uns darüber folgendes: „Nachdem bis zum 16. November 1931 bereits ungefähr 600 Unorganisierte sich bereit erklärt hatten, unter verschlechterten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, haben wir für unsere Mitglieder mit der Firma vereinbart, daß sie zu den bisherigen Arbeitsbedingungen unter Berücksichtigung des in der Zwischenzeit gefällten Schiedsspruchs wieder eingestellt werden. Die Unorganisierten (das sind die RGO.-Anhänger) sind unter Fortfall der bisherigen Sondervergünstigungen wieder in den Betrieb gegangen. Etwa 250 Mitläufer und Anhänger der RGO. wurden gemahregelt.“

Das Werk wurde am 19. November 1931 wieder in vollem Umfange in Betrieb genommen. Der angebliche Sieg der „Roten Fahne“ sieht also folgendermaßen aus: Die Arbeiterklasse der Leipziger Baumwollspinnerei hat den seit 1922 bestehenden Vertrag, Bezahlung der Pausen, preisgegeben müssen, der Streik ging verloren. Innerhalb fünf Tagen hatten bereits 300 Mitläufer der RGO. einen Revers unterschrieben, daß sie auf die Sondervergünstigungen, insbesondere auf die Pausenbezahlung verzichteten. Der Streik ist also elend zusammengebrochen mit dem weiteren Ergebnis, daß 250 Anhänger der RGO. gemahregelt worden sind. Ein solches Ergebnis als Sieg zu bezeichnen, übersteigt maßlos die Ludendorffschen Siegesberichte.

### Teddy Thälmann:

„Du sollst doch mit dem Bengel nicht spielen!“



Es dürfte der Sache keinen Abbruch tun, wenn wir gleichzeitig noch auf einen Streik verweisen, den die „Rote Fahne“ nicht unter ihren Siegesmeldungen veröffentlicht hat, und zwar auf den wilden Streik der RGO. in der Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co., Abteilung Rohweißspinnerei, Gaußsch b. Leipzig. Am 9. November 1931 hatte die RGO. die Spinner und Spinnerinnen in den Streik getrieben. Nach zweitägiger Dauer brach er aber bereits wieder zusammen. Schon am 10. November 1931 hat annähernd die Hälfte der Unorganisierten die Arbeit wieder aufgenommen. Daraufhin trat der Deutsche Textilarbeiter-Verband mit der Firma in Verbindung und vereinbarte, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften am Donnerstag,

und dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften kampffähig bleiben und für ihre großen Ziele wirken können. Das gleiche gilt es für die Partei zu tun. Die Sozialdemokratische Partei befindet sich infolge der furchtbaren Wirtschaftslage Deutschlands in einer ungünstigen Situation. Sie wird von allen Seiten bedrängt und bekämpft und fälschlicherweise als Sündenbock bezeichnet. Deshalb müssen wir alle eifrig werden und uns lebhaft an den großen politischen Auseinandersetzungen beteiligen. Wir müssen der Arbeiterklasse klar machen, daß nicht die SPD. an dem Wirtschaftswandel, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem schuld ist. Es ist jetzt keine Zeit danach zu fragen, ob die SPD. bei allen ihren Entscheidungen richtig gehandelt hat. Es mögen Fehler gemacht worden sein. Das Richtige ist, die Fehler zusammenzufassen und nicht zu bedauern für die großen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Gegenwart. Diese Entscheidungen können wir nicht kritisieren lassen, daß irgendeinmal in der Zukunft von der Partei ein Fehler gemacht worden ist. Wir müssen uns dem großen Werk der Arbeiterklasse anschließen. Denn die Entscheidung um günstigen Stimm für die Arbeiterklasse zu beeinflussen, haben wir das immer vor Augen, daß der Feind der Arbeiterklasse groß und hart ist. Er ist groß und hart deshalb, weil hinter

unserem Rücken die KPD. gegen uns kämpft. Die KPD. ist der beste Bundesgenosse des Kapitals. Es ist unwahr, wenn uns die KPD. sagt, daß die deutsche Arbeiterklasse nur noch ihre Ketten zu verlieren hätte. Wir haben weit mehr zu verlieren, und aus diesem Grunde kämpfen wir für die Erhaltung des demokratischen Staatswesens. Es ist der deutschen organisierten Arbeiterklasse in einem mehr als hundertjährigen opfervollen Ringen mit den Kräften des Kapitals gelungen, die soziale Gesetzgebung auszubauen und vorwärts zu treiben und das Tarifrecht zu schaffen. Das Betriebsratsgesetz bietet der deutschen Arbeiterklasse eine Handhabe zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Rechte. Wenn auch in den Notzeiten die Reaktion mit Erfolg die sozialen Rechte der Arbeiter beschneiden hat, so haben wir doch den Glauben und die Hoffnung, daß mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterklasse sehr bald das verlorengegangene Terrain wieder zurückerobert kann. Deshalb müssen wir verhindern, daß die Reaktionen von rechts und links noch weitere Fortschritte macht. Reichs- und Wirtschaftspolitik sind so eng miteinander verknüpft, daß der Gewerkschaftler keine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechte nur dann wirksam verteidigen kann, wenn er auch politisch sich betätigt und den Feinden der Arbeiterklasse wirksam entgegentritt.

dem 12. November 1931, geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen. Der Betrieb ist am 12. November 1931 in vollem Umfange wieder in Bewegung gesetzt worden. Von den Mitläufern und Anhängern der RGO. wurden 78 Leute gemahregelt. Die Entlassungen, die für einen Teil der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ausgesprochen waren, sind sämtlich zurückgenommen worden. So sieht die glorreiche Streitführung der RGO. aus.

Die Leipziger Vertrauensleute des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes haben zu diesem wilden Streik Stellung genommen und haben am 10. November 1931 nachstehende Entschliebung angenommen, die die Situation besonders kennzeichnet:

### Entschliebung.

Die Vertrauensleute des DTV. lehnen jede Gemeinschaft mit der RGO. und die Verantwortung für deren sinnloses Treiben in der Leipziger Baumwollspinnerei ab. und in der Kammgarnspinnerei Gaußsch, ab.

### Thalheim

Von der Textilfirma Hermanns, Thalheim, berichtet die „Rote Fahne“: „Lohnabbau von 12,5 Proz. abgewehrt. Statt dessen „nur“ Schiedsspruchabbau.“ Von Thalheim wird uns hierzu mitgeteilt: Eine Firma Hermanns gibt es hier überhaupt nicht. Dem Sachverhalt nach kann es sich nur um die Firma Adolf Hermann Nachf. G. m. b. H. in Thalheim handeln, bei der kurz vor Weihnachten der Streik von uns geführt und auch beigelegt wurde. Es handelte sich bei der Firma darum, außer dem fünfprozentigen Lohnabbauschiedsspruch noch einen weiteren Lohnraub von 12,5 Proz. vorzunehmen. Wir haben den Lohnraub über den Schiedsspruch hinaus abgewehrt. Die KPD. und mit ihr die RGO. hatten weder Einfluß noch haben sie etwas von sich hören lassen. Die „Gesellschaft“ schmückt sich also mit fremden Federn.

### Kottbus

Aus Kottbus berichtet die „Rote Fahne“ von einer Firma Samlon: „Siegreicher dreistündiger Streik gegen Lohnabbau.“ Von unserer Geschäftsstelle in Kottbus wird uns hierzu mitgeteilt: Auf Grund der Notverordnung ist vom Schlächter-Bischoff der Zeitlohn für Akkordarbeiter in der Lausiger Tuchindustrie um 8,4 Proz. herabgesetzt und der Lohn für Zeitlohnarbeiter um 12,4 Proz. Am Mittwoch, dem 6. Januar, verhandelten wir als Vertreter des Verbandes mit dem Arbeitgeberverband der Tuchindustrie Kottbus über die Regelung der Akkordsätze. Wir wurden nicht einig und vertagten deshalb die Verhandlung auf Montag, den 11. Januar. Die Arbeitgeber sagten, daß nunmehr die Akkordsätze bis zur endgültigen Erhebung um 15 Proz. herabgesetzt würden und bei späterer Vereinbarung geringerer Herabsetzung der Akkordlöhne Zurückzahlung stattfindet. Wir wehrten uns dagegen, doch die Arbeitgeber blieben bei ihrer Auffassung. Am 11. Januar vereinbarten wir mit dem Arbeitgeberverband eine Herabsetzung der Akkordsätze um rund 10 Proz. Bei Bekanntwerden der einseitigen Herabsetzung der Akkordsätze um 10 Proz. durch die Unternehmer stellte die Belegschaft der Firma Samlon, etwa 560 Personen, die Arbeit ein und forderte die zu Unrecht gemachten Abzüge zurück. Der Abzug wurde durch die Vergütung von 1 Mt. pro Person ausgeglichen und die Arbeit ohne Störung wieder aufgenommen. Im Betrieb der Firma sind 560 Personen beschäftigt, davon sind 520 im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisiert und etwa 10 in der RGO. Der Betriebsrat besteht mit einer einzigen Ausnahme nur aus Mitgliedern unseres Verbandes. Der Berichtserstatter schreibt am Schluß: Was der Vorgang mit der RGO.-Führung zu tun hat, ist uns unverständlich. Es ist nichts weiter als ein Schwindelmannöver.

### Limbach i. S.

In Limbach i. S. befindet sich der sogenannte Mutterboden der KPD. Aber trotz alledem wird die Kommunistische Partei ihres Erfolges dort nicht recht froh. Sie hat zwar die Gewerkschaften in Limbach sehr schwer geschädigt, aber ihnen selbst ist es auch nicht gelungen, eine kampffähige Gewerkschaftsgruppe aufzubauen. Nur eins ist ihr grundsätzlich gelungen, sie hat zahlreiche Arbeiter durch ihre Böhlerlei den Nazis in die Arme getrieben. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei dürfte in Limbach heute am stärksten sein. Daß sie in Limbach völlig erfolglos gearbeitet hat, hat sie neuerdings im „Bolschewit“ selbst zugegeben. Da stellt sie selbst fest: „Das Veragen des Roten Textilarbeiter-Verbandes ist besonders schlimm. Von etwa 7000-8000 in der Textilindustrie Beschäftigten sind noch nicht einmal 300 im roten Verband organisiert... Aus der falschen Anwendung der Losungen von Partei und RGO. mußte dieser politische und organisatorische Mißerfolg eintreten.“ Trozdem berichtet die „Rote Fahne“ von Scharschmidt, Textil, Limbach: „27 Proz. Lohnabbau durch Streikdrohung verhindert.“ Uns wird aus Limbach mitgeteilt: Die Firma Scharschmidt, Handschuhfabrik in Limbach hat einen Lohnabbau in Höhe von 10 bis 24 Proz. vornehmen wollen. Der dortige KPD.-Betriebsratsvorsitzende hat daraufhin eine Betriebsversammlung einberufen und zur Lage Stellung genommen. Die Belegschaft hat beschloffen, die Lohnreduktion abzulehnen und mit Streik gedroht. Der Arbeitgeber hat darauf von einer Lohnreduzierung Abstand genommen, hat sich aber einen neuen Vorstoß vorbehalten. In diesem Falle hat die „Rote Fahne“ einmal recht.

### Mittweida

Von Mittweida meldet die „R. F.“, daß bei der Blüschweberei Stache „Lohnabbauschiedsspruch von 5 Proz. verhindert. Einem Teil wird alter Lohn weitergezahlt. Bei Blüschweber 2,5 Proz. Lohnabbau.“

Was war in Mittweida? In Mittweida hatte die RGO. den Erfolg gehabt, bei der Firma Stache die Leute in den Streik zu führen. Der Streik brach aus, da über die Regelung der Akkordstücklöhne Differenzen entstanden. Der Streik wäre unnötig gewesen, da der Betriebsrat und unsere Geschäftsleitung mit der Direktion der Firma Stache jederzeit verhandeln konnte. Der Weg der Verhandlung mit der Firma war noch nicht zu Ende. Und dabei hatte bisher die Firma die Akkordstücklöhne nicht nach dem Schiedsspruch gekürzt, sondern eine für die Arbeiterklasse günstigere Regelung getroffen. Nachdem der Streik ausgebrochen war, hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband die Führung übernommen und mit dem Betriebsrat gemeinsam durchgeführt. Bezeichnet ist, daß der Vertreter der RGO., der bekannte Wilmann, Chemnitz, der zur Zeit Limbach beglückt, in den Streikversammlungen nicht zum Wort kam, weil die Streikenden es ablehnten. Wilmann sprechen zu lassen. Das Endergebnis wurde statt 5 Proz. und daß den Ausnahmerinnen kein Abzug gemacht wurde. Die Aufnahme der Arbeit wurde auch von den RGO.-Leuten mitbeschloffen. „Gefiegt“ hat also nicht die RGO., sondern der Deutsche Textilarbeiter-Verband.

Neumünster

Von Neumünster meldet die „Rote Fahne“... Sager, Textil: „Weber führten fleißigen Streik gegen 10 Proz. Lohnabbau durch.“

Nun zu dem „Siege der RGO. bei der Firma Sager.“

Die Firma Sager beschäftigt rund dreihundert Personen. Von der RGO. ist in dem Betriebe nicht die geringste Spur einer Tätigkeit zu merken.

Ueberlege: Die Moskowiter gehen andere Wege. Was wir in langem Ringen geschaffen, wollen sie plötzlich an sich raufen.

Textil. Sie schreibt hierzu: „Betriebsarbeiter von Polizei verhaftet. Streik oder Freilassung. Nach 10 Minuten Freilassung.“

Unseren Kollegen und Kolleginnen ist nur zu empfehlen, überall, wo die RGO. wilde Streiks anzuzetteln versucht, ihr kräftig entgegenzutreten.

Frage und Antwort

Kollege, mich beschäftigt alle Tage nur eine Frage: Gehört deine Hand noch fest dem Verband? Oder denkst du bereits so, wie die Wähler der RGO.?

Moskau befiehlt! Darum sich zu, daß ein Phrasör nicht stiehlt.

Politische Wochenschau

Die Konferenz zur Regelung der Reparations- und Schuldentilgungen, die am 25. Januar in Lausanne beginnen sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Eisernen Front. Die Eisernen Front, die zur Abwehr des Faschismus gebildet worden ist, hat jetzt ihren Aufbau vollendet und den Aufmarsch ihrer Formationen begonnen.

Derwörung im Hitler-Lager. Während das arbeitende Volk Deutschlands die Gegenwehr gegen den Faschismus organisiert, ist es im Hitler-Lager zu sehen

Die Leute mit dem Auslandspass

Sie löffeln eingebrockte Suppen nicht aus

In der Kommunistischen Partei herrscht wieder einmal Hochkonjunktur. Die Spezialtruppe der RPD., die sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, ist, wie im vergangenen Jahre, auch heute wieder eifrig bemüht, die Arbeiterschaft in namenloses Unglück zu treiben.

„Durch, die niemals in ihrem Leben einen einzigen indifferenten Arbeiter seiner Gewerkschaft zugeführt haben, die selber nie in einem Streik standen oder von einer Aussperrung betroffen waren, wagen es, geflücht auf Zitate der RGO-„Weltkongresse“, gegen die freien Gewerkschaften den schimpflichen Vorwurf des

was du in Not und Entbehrung errungen, was du jahrzehntelang vom Gegner erzwungen. Und wenn sie kommen und rufen: Hallo, Hilfe bringt nur die RGO.! Dann, Kollege, nimm den Verstand fest in die Hand. Vergangeneit, Gegenwart, Zukunft kann dich lehren, ob du jemals kannst den Verband entbehren. Und lockt sie weiter, die falsche Pest, Kollege, bleibe fest! Und schwöre aufs neue nur deinem altbewährten Verbands die Treue! A. E. V.

Streikbrüches zu erheben. Sie blieben von dem § 153 der Gewerbeordnung verschont, sie kennen die Kämpfe der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit, die Bedrückungen der Gewerkschaften durch Unternehmer, Polizei und Justiz nicht einmal vom Hörensagen.

In der Berliner Zentrale der RPD. gibt sich dieses Völkchen Stellbüchseins und dirigiert vermittels Rundschreiben und Telegramme die „Kämpfe“, die im Lande draußen stattfinden sollen. Der Kommunist Walter Zeutschel hat uns in seinem (im Dieb-Verlag, Berlin, erschienenen) Buche über die Terrororganisationen der RPD. mit diesen „Führer“-typen bekannt gemacht.

Ist aber doch einmal ein solches Unglück geschehen, ist eine größere „Aktion“ inszeniert worden mit dem einzigen Erfolg, die Staatsgewalt auf den Plan zu rufen — und die RGO-Aktionen sollen Ausgangspunkte für „revolutionäre“ Unternehmen größeren Maßstabes sein!

Haben sie solchermaßen ihre Haut in Sicherheit gebracht, entwerfen sie, in der Ferne, den nächsten Plan einer revolutionären Erhebung.

Freundliches Gedenken

„Dieses Bildnis ist bezaubernd schön.“ („Zauberflöte“)



Der RGO-Mann Müller aus Langenbielau auf der Bestrahlungsplatte, dessen Bild wir bereits im vorigen Jahr an dieser Stelle brachten. Nachdem er einen Streik in seinem Betriebe angezettelt hatte, meldete er sich bei der Betriebsleitung als krank und daher nicht arbeitsfähig, und verschwand. Später getragt, wo er sich während des Streiks aufgehalten habe, sagte er, daß er nach Reichenbach zur Bestrahlung müde!

Meerane i. S.

Von Meerane i. S. berichtet die „Rote Fahne“ über die Textilheimarbeiter der Firma Schwedeler, Meerane: „Lohnabbau unter RGO-Führung durch geschlossene Haltung teilweise abgewehrt.“

Mendfirma

Im weiteren berichtet die „Rote Fahne“ noch von einer Firma Müller u. Wille,

# Kampf um den Weltmarkt

## 3 000 Millionen Rekordausfuhr-Überschuss

Während die Handelsbilanzen der großen Industrie- und Handelsländer, insbesondere die englische Bilanz, aber auch die Bilanz Frankreichs und Nordamerikas kränkeln, ergibt sich für den deutschen Außenhandel für das Jahr 1931 ein Rekordüberschuss. Während sich der tatsächliche Ausfuhrüberschuss Deutschlands für das Jahr 1930 auf 1800 Millionen Mark stellt, ergibt sich für 1931 ein Ueberschuss von rund 2575 Millionen Mark; berücksichtigt man die Reparationsleistungen, so steigert sich der Aktivasaldo unserer Handelsbilanz auf 2967 Millionen Mark. Sicherlich ist die Gestaltung des deutschen Außenhandels im Jahre 1931 die Sensation der Weltwirtschaftskrise.

Aber die Kiezanzahlen lösen keine ungekrühte Freude aus. Einfuhren und Ausfuhren sind gegenüber den Vorjahren stark zusammengeschrumpft. Der Ueberschuss hat sich wohl rekordmäßig erhöht, aber die Mengen, die erst Arbeitsmöglichkeiten bieten, sind stark zurückgegangen. Die Einfuhr allein ist von etwa 10 200 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 6830 Millionen Mark im Jahre 1931 gefallen. Der Rückgang macht ungefähr ein Drittel der gesamten Einfuhr aus. Gegenüber der bisher höchsten Einfuhr im Jahre 1927 ergibt sich sogar ein Verlust von über die Hälfte. Die Ausfuhr beträgt für das Jahr 1931 etwas über 9200 Millionen Mark gegenüber fast 11 330 Millionen Mark im Jahre vorher. Dabei muß natürlich berücksichtigt werden, daß sich im Jahre 1931 weiter große Preisabschwächungen durchlegten. Die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten sind weiter gesunken, was sich natürlich für die Einfuhr stark bemerkbar macht. Aber auch die Ausfuhrpreise sind gesunken. Bierschlag ergab sich durch die Kreditkrise, durch den Mangel an Betriebsmitteln und den Zwang, ausländische Gläubiger auszusahlen, die Notwendigkeit, Rohstoffe und Fertigwaren auf den Markt zu werfen, und das war nur möglich, indem man zu stark heruntergesetzten Preisen, oftmals zu Verkaufspreisen anbot. Der wertmäßige Rückgang in der Ein- und Ausfuhr gibt deshalb kein richtiges Bild des tatsächlichen Warenstroms. Berücksichtigt man aber die Preisabschwächung, so dürften sich die Einfuhrmengen im Jahre 1931 um etwa 1600 Millionen Mark reduziert haben. Die Ausfuhrmengen hingegen nur um etwa 1000 Millionen Mark. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist also die mengenmäßige Einfuhr Deutschlands im Jahre 1931 härter gefallen als die mengenmäßige Ausfuhr. Der Anteil der Arbeiterklasse, die in Deutschland durch den Export Arbeit erhielt, ist im Jahre 1931 ganz beträchtlich gesunken. Er dürfte wesentlich für die Gestaltung der Arbeitsmärkte in Deutschland sein. Immerhin macht die für die Arbeitsmärkte wichtige Fertigungsausfuhr für den Monatsdurchschnitt 1931 nur noch 615 Millionen Mark gegenüber 753 Millionen Mark im Jahre 1930 und 820 Millionen Mark im Jahre 1929 aus. Wir kommen auf die Bedeutung dieser Zahlen für die Produktion in Deutschland überhaupt weiter unten zurück.

### Autarkisierung.

Ohne Zweifel hat die Arienausfuhr Deutschlands im Jahre 1931 ihren Höhepunkt erreicht. Das laufende Jahr kann nur Rückschlüsse bringen. Bei dieser Voraussetzung ist zu berücksichtigen, daß die Weltwirtschaftskrise immer mehr Länder erfaßt und kündigt und daß die Autarkie in aller Welt unter dem Einfluß der sich verärgelnden Kräfte immer mehr eintritt. Ein Zeichen dieser Entwicklung ist die Verschlechterung des Goldes in wichtigen Industrieländern, wie England, Dänemark, Schweden und anderswo, die im Herbst 1931 einlegte; die sicherlich kein Normalzustand ist, aber die Konkurrenz für die deutsche Wäre auf den Weltmärkten verschärfen muß. Das so erzwungene Salwadumping ist alles andere als ein Heilmittel gegen die Weltwirtschaftskrise. Jedoch verleiht es die Spannungen auf den Weltmärkten. Sie heizen den Protektionismus gegen An. Da man aber auf die Dauer keine Waren nicht verschaffen und verschaffen kann ist ohne weiteres eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten der Völker auf diesem Gebiete das Gegebene. Sie aber derartige richtige Erkenntnisse verwirklichen werden, braucht es die Welt mit kriegerischen Maßnahmen, mit Handelskriegen, Reparationen und Zollkriegen. Man weiß, daß dabei nichts herauskommen kann. Aber es

scheint in der Eigenart des kapitalistischen Systems zu liegen, erst durch Schaden klug zu werden.

Diese Phase in der Entwicklung, die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst worden, stellt sich für Deutschland in einer neuen Notverordnung dar, nach welcher die Reichsregierung ermächtigt ist, irgendeinem Valutadumping Kampfzölle entgegenzusetzen. Die Reichsregierung kann jeden Zoll, der durch Handelsverträge nicht gebunden ist, nach Belieben erhöhen und so weit erhöhen, daß das verschlechterte Gold anderer Länder diesen Zoll nicht überspringen kann. Wir halten es für in der Ordnung, daß die Reichsregierung die Möglichkeit erhält, die deutschen Arbeitsmärkte gegen ein Valutadumping zu verteidigen. Wir halten es aber für ebenso richtig, daß mit einer solchen Ermächtigung kein handelspolitischer Unfug getrieben wird und nicht Handelskriege angezettelt werden. Wir halten es für notwendig, daß die Regierung bei der Ausübung dieser Ermächtigung kontrolliert wird, daß nicht die bekannten Interessentenhaufen die durch die Notverordnung gegebene Möglichkeit beim Schopfe fassen und Pläne durchführen, die schließlich darauf abzielen, die Befriedigung auch jeden Bedarfs im Lande zu erzielen, selbst wenn das Land dazu nicht in der Lage ist, jede Einfuhr abzumägen. Das wäre die von unseren Großagrariern immer wieder verlangte Autarkie, die gänzliche Abschließung vom Weltmarkt.

# Lohnerhöhungen — aber nur für Aufsichtsräte

### Man zahlt keine Steuern —

### Die Sache mit den Tantiemen.

Die Steuern der Aufsichtsräte sind ein Kapitel für sich

In seiner letzten Rundfunkrede sagte Reichskanzler Brüning, man könne nicht behaupten, daß das deutsche Volk nicht steuererleichtert sei. Trotz alledem, die Aufsichtsräte zahlen vielfach keine Tantiemensteuer\*). Viele Privatunternehmen, wenn nicht alle, nehmen diese Lasten den so sehr geplagten Herren ab. Bis zum Jahre 1906 gab es für die Aufsichtsräte überhaupt keine Tantiemenbesteuerung. Als dann konstruierte man eine künstliche Urkundensteuer, die den Aktiengesellschaften die Verpflichtung auferlegte, bei Aufstellung jeder Jahresbilanz eine besondere Aufstellung anzufertigen, aus der die Summe der gesamten, den Aufsichtsratsmitgliedern seit der letzten Bilanz aufstellung gewährten Vergütungen zu ersehen war. Nach der Revolution wurde an Stelle dieser Stempelabgabe die Aufsichtsratssteuer gesetzt. Sie beträgt 20 Proz. der Vergütung. Als Vergütungen sind alle Leistungen anzusehen, welche die Gesellschaften den Aufsichtsräten gewähren, einerlei, ob die Vergütungen in festen Beträgen, Tagegeldern oder in Anteilen am Gewinn (Tantiemen) bestehen. Die Steuer ist von den Gesellschaften für Rechnung der Aufsichtsräte zu zahlen. Steuerträger, also die Personen, die die Steuern wirtschaftlich tragen sollen, müßten von Rechts wegen die Aufsichtsräte selbst sein. Durch die Uebernahme der Aufsichtsratssteuern seitens der Unternehmen werden diese auf zweifache Weise belastet. Zunächst werden die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Posten: Steuern, Soziallasten, Aufwendungen oder wie sie sonst noch heißen mögen, um den für die Aufsichtsräte bezahlten Steuerbetrag erhöht. Hierzu kommt eine weitere Erhöhung, die das folgende Beispiel demonstrieren soll: Eine Gesellschaft zahlt je Aufsichtsratsmitglied 10 000 Mk. Vergütung. Bei 20prozentiger Tantiemensteuer bekäme das Aufsichtsratsmitglied 8000 Mk. ausgezahlt, während die Gesellschaft für jedes Mitglied 2000 Mk. Tantiemensteuern an das Finanzamt abzuführen hätte. Da sich nun aber die Gesellschaft verpflichtet hat, die Steuern der Aufsichtsräte selbst zu tragen, so hat sie nicht 2000 Mk., sondern 2500

### Folgen für unsere Arbeitsmärkte.

Durch derartige Experimente, wie sie sich in den Autarkiebestrebungen darstellen, kann man nur zu Zollkriegen kommen, kann man nur den deutschen Export zerbrechen.

Aber es stellt sich noch etwas anderes ein. Immerhin ist möglich, die deutsche Wirtschaft so weit von der Weltwirtschaft abzuschließen, daß man Preise nach Belieben macht. Dann arbeitet man im Lande selbst mit künstlich hochgehaltenen Rohstoffpreisen. Mit diesen Preisen kann man aber dann im Auslande nicht mehr konkurrieren. Selbst wenn der deutsche Arbeiter umsonst arbeiten würde. Das ist die letzte Konsequenz der Autarkie. Jede Autarkie muß naturgemäß auf Arbeitsbeschaffung aus dem Auslande verzichten.

Soweit eine Besserung der Wirtschaft in Frage kommt, ist eine Wiederherstellung des natürlichen Verlaufs in der Weltwirtschaft zu erreichen. Der Mechanismus der Weltwirtschaft muß wieder in Kraft gesetzt werden. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß die Welt besser leben wird, wenn sie teurer produziert, wie das im Rahmen der Autarkiebestrebungen gefordert wird. Wir müssen der billigsten Produktion in der Welt wieder Raum geben, um Kaufkraft dort zu schaffen, wo andere Völker wieder von uns kaufen können. Wir müssen hin zur Verständigung der Völker über die strittigen Wirtschaftsprobleme. Krieg zerstört, Verständigung baut auf.

Das sind die Mittel, um die Tür offenzuhalten, die in die Welt führt. Deutschland wird leben, wenn diese Tür aufbleibt.

Statuts betreffend die Vergütung des Aufsichtsrats abgeändert, auf welche Weise, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Kaum drei Jahre später mußte die Gesellschaft gemäß § 240 HGB. bekanntgeben, daß mehr als die Hälfte des Aktienkapitals verloren ist.

Die Baumwollspinnerei und -weberei Lampertsmühle bei Kaiserslautern erzielte nach der Bilanz per 30. Juni 1930 einen Reingewinn von 101 374 Mk. Der damals für die Aufsichtsräte sich ergebende Betrag belief sich gemäß § 245 HGB. auf 3737 Mk. Die Bilanz per 30. Juni 1931 weist einen Reingewinn von 104 894 Mk. aus. Die Tantieme beläuft sich somit auf 4089 Mk. (Fortsetzung folgt.)

# Textilindustrie im Dezember

Die Beurteilung der Lage des letzten Monats im Jahre ist stets besonders schwierig. In einigen Branchen spielt die Weihnachtssaison eine gewisse Rolle; nach den Festtagen pflegt dann ganz regelmäßig eine merkliche Entspannung einzutreten, und viele Betriebe waren zwischen dem 23. Dezember und dem 3. Januar geschlossen. Trotzdem kann festgestellt werden, daß die Spinnereien, die Wollbetriebe mehr als die Baumwollbetriebe, recht gut beschäftigt sind, da sie auf Vorrat arbeiten können. Die Wollkammereien haben sogar neuerdings wieder Hochkonjunktur. Die Tuchindustrie hat stille Zeit, weil die Winterstoffe heraus und die Sommerstoffe noch nicht herein sind; es wird noch fleißig gemustert. Als besonders bemerkenswert verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Leinenindustrie gegenwärtig bei weitem nicht so schlecht dasteht wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Natürlich sind Arbeitslose und Kurzarbeiter trotzdem immer noch reichlich vorhanden.

# Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 31. Januar, ist der Vortrag für die 5. Sitzung.

**Achtung!** **Achtung!**  
Einsendung der Statistikkarten den Monat Januar betreffend.

Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonntag, der 30. Januar 1932. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzusenden.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Jahresbericht für die Markenstatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Februar einzusenden ist.

Der Vorstand.

### Adressenänderung

- Gau Kassel: Eschwege: V. Heinrich Müller, Brüderstr. 4.
- Grünberg i. H.: K. Heinrich Rös, Marktstraße 2.
- Gau Hannover: Bramsche: V. Hermann Fisse, Engterstr. 19.
- Gau Bremen: Süchteln i. Rhld.: V. Joh. Keffels, Butscherweg 35.
- Gau Stuttgart: Urbach i. Würtg.: Eugen Jilg, Oberurbach i. Würtg., Feuerseebr. 433.
- Augsburg: Gundelfingen: V. J. Neuf. Ehenbrunn 115, Post Gundelf. Briefe an diesen.
- Nördlingen zahlt keine Reiseunterstützung mehr.
- Gau Oera: Seig. V. Otto Buch, Siebnechtstraße 14.
- Gau Dresden: Jahnstorf-N.: K. u. Geschäftsführer Hermann Lämmel, Jahnstorf i. E., Nr. 6d.
- Riechberg zahlt kein Lokal- und Kartellgehalt mehr aus.
- Limbach i. E. ist zu streichen, da mit Burgstädt i. E. verschmolzen.
- Gau Berlin: Sorau: V. Ernst Krug, Priebuser Straße 4.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreyer in Berlin. — Verlag: Carl Schöber in Berlin, Remeler Str. 83. — Druck: Friedrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer in Berlin.

\* Vgl. auch Nr. 4 des „Textil-Arbeiter“.

## Hineinleuchten in den Schwindel

### Die bankrotte RGO.

In der „Roten Fahne“ und der übrigen kommunistischen Presse finden wir täglich große Berichte, die Siegestaten der RGO melden. Wir haben früher schon einmal diesbezügliche Stellen aus einem Halbjahresplan der RGO mitgeteilt, in dem etwas ganz anderes stand. Dort stellte die RGO. sozusagen eine Bilanz ihrer Kämpfe auf, und als Ergebnis fanden wir einen riesigen Passivsaldo.

Nachfolgender Auszug aus dem „Bolschewik“, Nr. 1, Jahrgang 3, der nur für Mitglieder der RGO. bestimmt ist, zeigt uns ein ähnliches Bild. Erschütternd wirkt die Großmäuligkeit, die sich darin trotz der offensichtlichen Mißerfolge aufstaut. Da sie aus ihren Fehlern nicht zu lernen vermögen, muß man die Hoffnung begraben, daß der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus von dieser Seite wirksame Hilfe kommen könnte.

Wir lesen also im „Bolschewik“:

## Limbach „organisiert“ den Textilarbeiterkampf

Seit langer Zeit bemühen sich U.S.R. und B.L. die Mängel in der Limbacher Organisation abzuwickeln. Bisher, das muß offensichtlich festgestellt werden, waren die Erfolge außerordentlich mangelhaft. Seit dreieinhalb Jahren, vor allem nach Beendigung der Betriebsratswahlen, stellen wir vor der Limbacher Partei die drohende Gefahr des Faschismus.

Limbach lebt von der Tradition und stellt großartig in Briefen an die Bezirksleitung und an das Zentralkomitee fest, daß bei ihnen alles in Händen der Partei ist. Scheinbar ist dem so.

Wie sieht es aber z. B. mit den Betrieben? Anlässlich des Lohnraubes an den Textilarbeitern stand vor den Limbacher Textilarbeitern und vor allem dem Limbacher Textilarbeiterverband die Mobilisierung gegen diesen Lohnraub. Die Gewerkschaften berichten, daß alles getan sei, daß die Arbeiter aber nicht bereit seien, zu kämpfen. Sie sind die Welt etwas „konkret“ anschaun, der wird bald merken, woher das kommt. Wir finden nämlich einen der vielen Anrufe, die der rote Textilarbeiterverband in Limbach herausgegeben hat. Der Anruf sieht wie folgt aus:

Mitteilungsblatt der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Lage der deutschen Bourgeoisie gestaltet sich von Tag zu Tag durch den Konkurrenzkampf der englischen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt immer schwieriger. Die Zusammenbrüche der Banken und des Nordwolle-Konzerns drängen die Lämmer ins Rollen. Das Vertrauen des Kleinbürgerums in die Sicherheit ihrer bei den Sparkassen angelegten Gelder ist erschüttert. Die Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden ist katastrophal. Betriebsbeschränkungen, Stilllegungen und Massenentlassungen werden fast täglich vorgenommen. Durch das rapide Anwachsen des Erwerbslosenheeres und der verminderten Kaufkraft der verelendeten Arbeiterklasse wird eine Welle neuer Bankrotte folgen usw.“ Abschließt einen Artikel aus der „Internationale“, keine örtlichen Tatsachen und dann heißt es:

„Deshalb ist es Pflicht jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin, gegen Lohnraub und Unterdrückung zu kämpfen, die Betriebsgruppen auszubauen und die Velegschaft streikfrei zu machen. Der Kampf um die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich muß der Auftakt zu weiteren Kämpfen für die Befreiung des Proletariats sein.“

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird alle ausgebrochenen Streiks führen und führen, um den kämpfenden Kollegen und Kolleginnen den Sieg sicherzustellen.

Darum hinein in den Textilarbeiterverband (Opposition) Limbach.

Mit Kampfgruß  
Die Ortsverwaltung.“

Ein treffendes Beispiel, wie kein Streikorganisiert werden kann. Kein Wort über die konkrete Lage in Limbach; kein Wort über die Streikfreimachung der Betriebe. Das geht den roten Textilarbeiterverband überhaupt nichts an. Die Proleten sollen streiken, dann wird der Verband sie führen. Hoffentlich merkt erst die Parteileitung in Limbach, woran es liegt, daß wir dort dort nicht zu kämpfen kommen. Das sind echt reformistische Aufstellungen, die mit Stumpf ausgerottet werden müssen.

Von irgendeinem Literaten läßt sich dann der rote Textilarbeiterverband einen vierseitigen, langen gedruckten Aufruf fertigstellen. Daß dieser Aufruf Anfang Dezember herausgenommen ist und kein Wort zum Volksabgeordneten enthält, sei nur nebenbei festgestellt. Wir sagen ganz offen, daß

dieses Blatt mehr Schaden angerichtet hat und nichts zur konkreten Mobilisierung der Textilarbeiter tat. Einmal lesen wir „Der Streik als Ausweg“. Wenn uns der Raum nicht zu schade wäre, würden wir diesen Abschnitt abdrucken. Allgemeines Gerede über kapitalistische Wirtschaftskrise, vollkommene Verarmung unserer klaren revolutionären Lösungen, aber kein Wort über Streik. Vollkommen unangebrachte Bemerkungen über die Löhne der Arbeiter. Wer dieses Blättchen geschrieben hat, hat nichts über Stimmung und Kampfvoraussetzungen bei der Arbeiterschaft gelernt. „Protestiert, dann haltet ihr die Geldgier der Bourgeoisie in gewissen Schranken“ — weiß der Teufel, was sich der Kerl dabei gedacht hat; wenn man sich dabei auf Engels beruft, dann ist das um so schändlicher. Alles zusammengenommen konnte das Blatt erscheinen unter der Ueberschrift „Fröhliche Weihnachten“.

Wir schließen uns vollinhaltlich einer Kritik der Reichsfaktion der RGO. an, in der es heißt:

## „Klassenkämpfer“ gegen Klassengenossen

### Felger kommunistischer Überfall auf Gewerkschaftssekretäre

Der Arbeiterrat der Firma Friß Cohen in M.-Gladbach hatte die Gewerkschaftsvertreter der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften gebeten, an einer am 14. Januar, 14 Uhr, im Betriebe der Firma stattfindenden Arbeiterratsitzung teilzunehmen. Kurz vor dem Betriebe wurden die Gewerkschaftssekretäre Alez vom Deutschen Textilarbeiter-Verband, Cappehen vom Christlichen Textilarbeiter-Verband und Prinz vom Gewerkschaftsverband von Kommunisten — wahrscheinlich Mitglieder der RGO. — belästigt. Etwa zehn Personen fielen über den Kollegen Alez her, einer schlug ihn mit einer Eisenstange mehrere Male über den Kopf und versuchte, ihm eine überlegende schwarze Masse in die Augen zu schmierem. Nur dem Umstande, daß Alez eine Brille trug, hat er es zu verdanken, daß den Feiglingen ihr hinterhältiger Streich mißlang.

Hier hat die Verhetzung von Arbeitern Früchte getragen, deren sich die Arbeiterschaft schämen muß. Angehörige der RGO., die sich immer gern als Klassenkämpfer aufspielen, haben es fertiggebracht, einen Klassengenossen in schwerster Weise zu mißhandeln. Der Kampf gegen den Kapitalismus, den die RGO. nur mit dem Maul führt, scheint bei den Kommunisten in dem Augenblicke vollkommen vergessen zu sein, wenn es gilt, an ihren eigenen Kollegen ihren traurigen Mut zu fühlen.

## Erfahrungen mit der „Verbandsbürokratie“ Ein anderes Eingeständnis

In dem bereits genannten „Bolschewik“ lesen wir an anderer Stelle:

„Neben den allgemeinen Lehren und Erfahrungen, die der westfälische Textilarbeiterstreik, einschließlich des Streiks der Baumwollarbeiter in Leipzig bietet, haben gewisse Erscheinungen dieses Kampfes bisher noch nicht die Beachtung gefunden, die notwendig ist. Es handelt sich hierbei um die Herausstellung der besonderen Streikbruchmethoden, die die D.V.B.-Bürokratie angewandt, um die Streikfront zu erdolchen.“

Dann folgt eine breite Schilderung der Versuche, die Arbeiterschaft in einer Reihe Leipziger Textilbetriebe auf Anordnung einiger Drahtzieher in der Berliner RGO.-Zentrale in den Streik zu jagen. Ein großartiger Satz beschließt einen Teil des Berichts:

„Nicht hielt die Bürokratie den Zeitpunkt für gekommen, den erhobenen Dolch der kämpfenden Front in den Rücken zu stoßen, nachdem sie durch die vorausgegangene Aktion bereits den Keim der Zerlegung gelegt hatte.“ Große Teile der D.V.B.-Mitglieder gingen an jenem Morgen in den Betrieb, einen Teil der wenigen standhaften Kolleginnen und Kollegen, die unter Führung der RGO. kämpften, mit sich reisend. Die D.V.B.-Bürokratie hatte ihr Ziel erreicht.“

Dann kommt ein anderes klägliches Eingeständnis, das gewiß die Berliner Drahtzieher zu einer heftigen Rüge veranlaßt hat:

„Ihr habt euer Schreiben mit „Einheitsverband der Textilarbeiter Limbach unterzeichnet. Diese Titulation muß zumindestens aus einem Mißverständnis herrühren. Ihr wißt doch sehr wohl, daß ihr in eurem Gebiet wirklich noch keine Voraussetzungen für die Gründung eines wirklichen, roten Verbandes der Textilarbeiter geschaffen habt. Schafft ihr sie, organisiert ihr die Kämpfe in den Betrieben und führt dieselben, so dürftet ihr euch in bestimmter Zeit die Berechtigung erworben haben, euch als „Roter Textilarbeiterverband“ zu bezeichnen.“

Man gibt also zu, daß irgendwelche Literaten, also Leute, die keinen Dunst von der Praxis haben, den Arbeitern im Betriebe erzählen, was sie machen sollen. Sagen wir deshalb zuviel, wenn wir diese Schieber bei ihrem wahren Namen nennen? „Macht die Belegschaften streikfrei“ (welch schönes Wort!), dabei verliert man aber kein Wort über die „konkrete Lage“. Man sieht, daß die Kritiker selber keine Betriebsarbeiter sind; denn diese kennen das Wort konkret nicht.

Und dieses Paß will erfolgreich gegen die Unternehmer kämpfen?

Kurz bevor der Kollege Alez an dem Betriebe der Firma Friß Cohen anlangte, passierte das Auto mit dem Chef und einem Syndikus des Arbeitgeberverbandes das Fabriktor, ohne daß beide auch nur schief angesehen wurden. Trotdem das Verlangen nach Einführung des Zweistuhlsystems von diesen und nicht von den Gewerkschaften ausging, konnten sie ungehindert das Fabriktor passieren. Erst als die Gewerkschaftsangehörigen erschienen, um der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe beizustehen, erwachte bei den „Revolutionären“ der „Klassenkampfbegabe“.

### Hinter Schloß und Riegel

Fünf der Beteiligten sind seitens der Polizei festgenommen, drei davon finden in Untersuchungshaft und zwei in Polizeigewahrsam.

Die Kommunisten versuchen nun, das Ganze als harmlose Sache darzustellen. Schläge mit einer Eisenstange auf den Kopf sind zweifellos als Körperverletzung zu bewerten und nicht als ein Witz zu betrachten. Die Aktentasche nebst Inhalt wurde ebenfalls geraubt. Ob dieser Vorgang als Diebstahl oder Straßenraub bewertet wird, darüber werden andere Stellen zu entscheiden haben.

Die Feigheit, mit der der organisierte Überfall ausgeführt wurde, liegt auf derselben Linie wie die in der Nacht vom 3. auf den 4. Januar verübten Sabotageakte an Straßenbahnweichen und die „Besetzung“ der Fabriktores durch „Revolutionäre“.

Jedenfalls haben von den Kommunisten verhetzte Menschen eine Tat begangen, von der sich die Arbeiterschaft mit Ekel abwendet.

„Ähnlich lagen die Dinge in den anderen Textilbetrieben, soweit sie sich an dem Streik beteiligten. In Gausch legte die Streikbruchaktion sofort ein. Die reformistischen Betriebsräte wirkten vom ersten Tage an zerfallend. Bei Störharm der Kampf nicht zur vollen Entfaltung.“

Und dann führe man sich den kläglichen Schluß zu Gemüte und denke dabei an die Rodomontaden in der Tagespresse der RGO.: „Die Lehren, die wir daraus zu ziehen haben, sollen an dieser Stelle nicht besonders behandelt werden.“

Nur ein Punkt, und zwar, wie uns scheinen will, der wichtigste, trägt hierbei besonders hart auf: Unsere im D.V.B. völlig fehlende innergewerkschaftliche Arbeit.

Es gibt im D.V.B. keine systematisch arbeitende Faktion. Wäre eine solche vorhanden gewesen, durch ihre Arbeit über einen gewissen Einfluß verfügend, dann wäre der Bürokratie ihre Streikbruchaktion mit den vorstehend besonders hervorgerufenen Methoden nicht in dem Maße gelungen, wie das der Fall war. Diese Schlußfolgerung gilt in vollem Maße auch für alle anderen Industriegruppen.

Immer wieder gibt es zu beklagen: Entscheidende Schwertung auf dem Gebiet der innergewerkschaftlichen Arbeit. Zwar sehen wir Anfangs, diese sind aber noch viel zu schwach, um der mit allen Mitteln arbeitenden Bürokratie ein Paroli zu bieten.“

Seit Jahren sieht man schon hoffnungsvolle Anfänge — aber darüber hinauskommen ist man noch nicht. Die Arbeiterschaft bedankt sich für diese Revolutionshelden. Die sich anstellen, als hätte man ihnen das Gehirn geklaut.

## Ein Fehler

Wir lesen im „Bolschewik“ unter obiger Stichmarke:

„Was heutzutage alles noch passieren kann, das geht aus folgender Geschichte hervor.“

Wir bekommen eine Sammelliste für die streikenden Leipziger Textilarbeiter, auf der einige Beiträge gezeichnet sind, ohne Geld mit folgendem Vermerk zurück:

„Anbei Sammelliste ohne Betrag zurück. Der Genosse, der diese Liste im Besitz hatte, hat sich von SPD.-Genossen überreden lassen, die ihm sagten, daß der Streik doch beendet sei, daß das Sammeln doch keinen Zweck mehr habe, er solle das Geld zurückzahlen. (Das hat er auch getan!) Eine Unterschlagung kommt nicht in Betracht, da der Genosse sehr guter Parteiarbeiter ist und erst kurze Zeit in der Partei.“

Uns scheint, daß die Parteizellen die neuen Genossen nicht genügend über die aktuellen Aufgaben aufklären, sonst könnte ein solcher Fall überhaupt nicht eintreten.“

Damit ist also in dürren Worten gesagt, daß der sammelnde Genosse sich solch ein weites Gewissen anschaffen muß, wie die Leitung der RGO. oder noch besser, der KPD. Das Geld, das für streikende Textilarbeiter gesammelt wurde, hätte man doch viel besser für den „Kampf-Fonds“ der „Partei“ verwenden können, um in der Lage zu sein, neue Aktionen anzuzetteln. In der Leitung der Berliner KPD. ist darin großzügiger. Sie teilt (in der „Roten Fahne“ vom 21. Januar) mit:

### Rückertung der Sportpalast-Eintrittsgelder

Unter den Tausenden, die bei der grandiosen Sportpalast-Kundgebung „13 Jahre KPD.“ keinen Einlaß mehr fanden, waren viele, die bereits Eintrittskarten gekauft hatten.

Durch bestimmte behördliche Maßnahmen sind der kommunistischen Partei finanzielle Verluste entstanden. Die Unkosten der Riesenkundgebung belaufen sich dadurch um so höher.

Aus diesen Gründen richten wir an alle Arbeiter, die keinen Einlaß trotz ihrer Eintrittskarten fanden, die Bitte, wenn möglich von einer Rückertung der Eintrittsgelder abzusehen.

Das Verfügungsbetrag des Sportpalastes ist genau bekannt. Gewöhnlich werden nur so viele Karten ausgegeben, als Plätze vorhanden sind. Die ollen christlichen Kommunisten machen es anders... Repp nennt man es!

## So ist's richtig

Etwas anderes aus dem „Bolschewik“:

„Die oppositionellen Textilarbeiter stellen in Johndorf folgenden Antrag in einer Versammlung des D.V.B. und setzten sich gründlich mit dem Bonzen Badstübner auseinander. Die Versammlung war zwar schwach besucht, aber ein Erfolg unserer innergewerkschaftlichen Arbeit.“

1. Die heute in der Versammlung anwesenden Textilarbeiter erheben schärfsten Protest gegen die von der Brüning-Regierung erlassene Notverordnung.
2. Die heute in der Versammlung anwesenden Textilarbeiter protestieren energisch gegen das feige Verhalten unserer Führer gegenüber der Lohnabbauoffensive der Unternehmer und der von der Sozialdemokratie tolerierten Brüning-Regierung und verlangen sofortige Kampfmaßnahmen gegen den ungeheuren Lohnraub.
3. Die Anwesenden verurteilen aufs Schärfste die verleumderische Schreibweise unseres Verbandsorgans gegen die RGO. und die KPD. und erklären sich mit der Strategie und Taktik letztgenannter Organisationen einverstanden.

Ueber Nummer 1 wurde abgestimmt, über Nummer 2 und 3 nicht. Bemerkten muß man noch, daß Badstübner so gut wie nichts über die RGO. sagte.“

Wir bemerken dazu: Wahrscheinlich war das gar nicht mehr nötig; denn wenn die Versammlung sich entschließt, gerade über jene Punkte nicht abzustimmen, in welchen Angriffe gegen den Verband enthalten sind, so muß schon aus der Versammlung heraus den RGO.-Männern ihr schamloses Treiben vor Augen gehalten worden sein.

Man beachte auch noch den letzten Satz des ersten Absatzes: Obwohl die Versammlung sich nicht besaß, stellte sie für die Gewerkschaftsopposition ein Erfolg gewesen sein? Wie ist das zu verstehen? Wahrscheinlich wäre der Erfolg für die RGO. keine am größten gewesen, wenn überhaupt niemand zur Versammlung gegangen wäre! Wie man sieht, wird bei ihnen unter der Hand der größte Mißerfolg zu einem Erfolg!

# Nur die freien Gewerkschaften

## Erst klug geworden durch einen wilden Streik

Die RGD. hatte kürzlich in der Hanauer Quarzlampefabrik einen wilden Streik inszeniert, der nach kurzer Dauer kläglich zusammenbrach. Nur durch das Eingreifen des Metallarbeiter-Berandes wurde erreicht, daß der größte Teil der Arbeiter wenigstens wieder in den Betrieb kam, wenn auch unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen. Jetzt hat der ehemalige RGD.-Mann Georg Christner, der zur Zeit des Streiks noch Mitglied des Betriebsrats der Vakuum-Schmelze und Mitglied der Unterbezirksleitung der RGD. in Hanau war, einen Offenen Brief herausgegeben, der

allen deutschen Arbeitern zur Aufklärung über die RGD. dienen kann. Christner schreibt u. a.:

Richtig und unzweideutig wurden mit die Augen über die RGD. bei unserem Streik geöffnet. Es ist wohl bei keiner Aktion wie bei dieser soviel geschwindelt worden. Nicht allein, daß man die betreffenden Belegschaften organisatorisch aufs genaueste belog, ließ man sie auch völlig im unklaren über die Unterstützungssaktion. Man versicherte ihnen, sie würden voll und reichlich unterstützt. Wie es in Wirklichkeit ausfiel, nur ein Beispiel an meiner Benignität. Seit Beginn des Streiks am 26. November bis zum heutigen Tage habe ich an Unterstützung von der RGD. ganze 18 Mk. bekommen. Ja, ich war gezwungen, nur um einige Pfennige in die Hand zu bekommen, mit einer Sammelliste betteln zu gehen, da die Bezirksleitung der RGD. in Frankfurt entweder nicht den geringsten organisatorischen Einfluß im Wirtschaftsgebiet hat oder das Geld der

### 500 Sammellisten,

die sie ausgegeben haben will, für andere Zwecke verwendet hat. Beides zeigt das wahre Gesicht dieser Organisation. Die RGD. ist nicht in der Lage, irgend etwas zu finanzieren, sondern leitende Persönlichkeiten in diesen Stellen, die Bezirksleitung der RGD. Frankfurt sowie der Parteisekretär der RGD. in Hanau, erklären brutal: „Wenn kein Geld da ist, kann auch keines ausgezahlt werden.“

Trotzdem man vorher immer betonte, daß die Streikenden jowie Gemäßigten reichlich unterstützt werden, wies man sie an das Wohlfahrtsamt.

Ein Standpunkt, den sich der bornierteste Antilohnstieber nicht zu eigen gemacht hat. Am schlimmsten wirkt sich diese verantwortungslos politische Politik der RGD. an den gemäßigtesten Arbeitern aus. Bekommen dieselben am Arbeitsamt so schon acht Wochen nicht gestempelt (bis zum Februar 1932), so bekommen sie auf dem Wohlfahrtsamt noch nicht einmal ihren vollen Satz, sondern nur Frau und Kindern 10 Mk. pro Woche, während sie 16 Mk. zu beanspruchen haben. Hier wäre es vor allen Dingen die moralische Pflicht der RGD., helfend einzugreifen. Aber weit gefehlt.

Man kümmert sich um diese Opfer überhaupt nicht mehr, man überläßt sie ihrem Schicksal.

währenddem man in anderen Teilen von Deutschland draußens liegt von einem großen Siege der RGD. in Hanau.

Kollegen! Ich warne euch. Solltet ihr jemals wieder Gelüste verspüren, den Parolen der RGD. Folge zu leisten, so ruft euch unter Flasko vor Augen. Ich wünsche, daß jeder Kollege, jeder Arbeiter erkennen möge, daß keine wahren Interessen in den alten Verbänden mit ehrlichem Verantwortungsbewußtsein Fundament nur allein vertreten werden können, nicht aber von einer Organisation, der jegliches Verantwortungsbewußt fehlt.

Kollegen! Ich sage euch alles vom ehrlichen Arbeiterbewußten Proletariatstandpunkt aus. Haltet euch in Zukunft an eure Verbände, sorgt auch hundertprozentig organisatorisch dafür, daß dieselben durch ihre Verantwortungen das werden, was uns zum proletarischen Siege führen kann. Nur die freien Gewerkschaften sind dazu berufen!

Alle Unorganisierten und Kaputtgänger der RGD. müssen dieses Offene Schreiben zu bekommen. Darum wird allerdings die Aufgabe, daß die RGD. nicht nur bei der Streikunterstützung versagt, sondern daß sie auch nachher keine Unterstützung leisten. Die RGD. versucht ihre Streikaktionen nur für die RGD., die sie zu ihrem politischen

Massenstreik aufflammen lassen will. Die RGD. beschimpft die Gewerkschaften unfähig, weil sie ihr nicht helfen wollen, ihre Massenstreikpläne zu verwirklichen.

Mehr denn je ist es gegenwärtig besonders notwendig, die wirkliche Einheitsfront der Arbeiterchaft, die freien Gewerkschaften, zu stärken.

## Endlich soweit?

### Ein christlicher Gewerkschafter für Sozialisierung

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, um als Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften zu dienen. Den freien Gewerkschaften war die marxistische Erkenntnis zu eigen, daß nur die Abschaffung des kapitalistischen Systems dem Arbeiter eine gerechte Vergütung seiner Leistungen sichern könne. Nur die Umstellung der Profitwirtschaft zu einer Bedarfswirtschaft, zu einer planmäßig betriebenen Wirtschaft, wird auch die vielen Unfreiheiten ausschalten, verbunden mit vielen Härten, unter denen heute der größte Teil der Menschheit leidet. Es ist auch bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften stets das kapitalistische Wirtschaftssystem, als von Gott gewollt, verteidigt haben. Sie wollten nur seine größten Schäden ausmerzen und durch eine sich in bestimmten Grenzen haltende Sozialpolitik die Arbeiterschaft vor der größten Verelendung bewahren. Die Nachkriegszeit hat nun auch für diese Freunde des Kapitalismus den Beweis erbracht, daß solche Vorstellungen eine Utopie ist und daß der Kapitalismus grausam und daß unsere sogenannten Wirtschaftsführer zu einer vernünftigen

## BERICHTE AUS FACHKREISEN

### Burkhardttsdorf

Generalversammlung. Am 18. Januar fand die Jahresgeneralversammlung der Legilarbeiter im Deutschen Haus statt. Der Geschäftsbericht wurde von dem Kollegen Uhlig erstattet. Der Kassenbericht war vielfach kritisiert und den anwesenden Mitgliedern ausgehändigt worden. In seinen Ausführungen zeigte der Berichterstatter den verkommenen Zustand in der Industrie auf und bezeichnete es als wahre Wirtschaftsanarchie, die einer baldigen geordneten Bedarfswirtschaft Platz machen müßte, wenn die Kulturwelt nicht zugrunde gehen soll. Die Tätigkeit unserer Organisation als auch die Entwicklung stand unter dem ungünstigen Zeichen der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde soweit wiedergewählt, nur wurde an Stelle des Kollegen Köhler die Kollegin Elsa Junghans gewählt. Als Revisoren wurden der Kollege Uhlig wieder, und die Kollegen Richard Bierdel und Herbert Vinte neugewählt.

Nachdem noch einige Anträge ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Kollege Laßak mit einem Appell zur Mitarbeit die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die im Jahre 1931 durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen geehrt und Kollege Seich wärmte ihnen Worte des Dankes.

### Offenburg

Arbeitsbeitragsgruppe in Eigersweier. Vor kurzem hielt unsere Arbeitsbeitragsgruppe in Eigersweier einen Unterhaltungsabend ab, der allerorts großen Anklang fand. Den zahlreich erschienenen wurde viel des Heiteren geboten, und die Arbeitsbeitragsgruppe hat bewiesen, daß sie, unerschrocken und werdend zugleich, Erfolge für sich buchen kann.

Generalversammlung wurde am 10. Januar unsere letzte Generalversammlung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Sprung des verstorbenen Mitgliedes Kollegen Wilmhardt. Der Geschäfts- und Kassenbericht ergab, daß gut und reibungslos gearbeitet wurde, demnach konnte auch einstimmig die Entlastung erteilt werden. Die Revisoren brachten keine Veränderungen, einmütig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Das Kernstück der Tagesordnung des Abends des Kollegen Seigmann, Redneringen. Über „Die Stellung der Betriebsorganisation im Arbeitsrecht.“ Seine bemerkenswerten Ausführungen über dieses Thema, betraugte durch viele Beispiele, brachte

Wirtschaftsführung unfähig und, was noch schlimmer ist, jeder Belehrung unzugänglich sind.

Aus dieser Erkenntnis heraus sprach sich auf einer Kundgebung der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter der Vorstehende des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Imbusch, der auch im Reichstag der Zentrumsfraktion angehört, für eine Sozialisierung aus. Er sagte u. a.:

„Der seltsame Zustand, daß die Regierung die Verantwortung zu übernehmen hat, daß aber der größte Teil der Macht bei der christlich-weißhalsigen Industrie liegt, sei nicht aufrechtzuerhalten. Ich fordere die Ueberführung des Bergbaus in den Besitz der Gemeinschaft. Wo sind heute im Bergbau die weißhalsigen und die freien Unternehmer? Die Wirtschaftsbürokratie ist schlimmer, als die staatliche Bürokratie sein kann.“

Der staatliche Bergbau hat in den letzten Jahren Ueberflüsse abgeworfen, wenn auch wenig davon geredet wird. Die Arbeiterschaft hat größeres Interesse an der deutschen Wirtschaft als der Kapitalismus. Sie wolle in der Heimat arbeiten und dort ihr Brot haben. Der Kapitalist lege seine Gelder an, wo die größten Gewinne locken.“

„Wenn die Volksgemeinschaft das Risiko tragen sollte, so müssen ihr auch die Gewinne zufallen.“ Das ist nicht mehr und nicht weniger, was die freien Gewerkschaften und die „Marxisten“ seit jeher gefordert haben.

Wir stellen den Umschwung, der sich im christlichen Lager vorzubereiten beginnt, mit Befriedigung fest. Allerdings — wenn man den sogenannten „Deutschen“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, liest, darf man keine allzu großen Hoffnungen hegen. Dieses Blatt ist einer der eifrigsten Verteidiger des Kapitalismus, und es hat bis heute noch nicht begriffen, wohin die Reise geht. Hoffen wir trotzdem...

den Anwesenden vieles näher, was ihnen vorher ziemlich unklar war. Mit der Aufforderung, auch fernerhin der Organisation die Treue zu bewahren und rastlos zu agitieren, wurde das interessante Referat beendet und mit reichem Beifall belohnt.

Abschließend fand noch eine Aussprache über betriebliche Angelegenheiten und lohnpolitische Fragen statt, und mit dem Lied: Brüder, zur Sonne... fand auch diese zahlreich besuchte Generalversammlung ihr Ende. Fr. Wenzel.

## Hugo Rödel

### dem optimistischen Kämpfer und kämpferischen Optimisten.

Fünfundzwanzig Jahre gehört er der Bewegung als hauptamtlicher Funktionär an, davon fast zwölfe Jahre in der Leitung des Verbandes. Intransigent — unverwundlich, unbeugsam dem System gegenüber, dessen Bekämpfung er sich zur Lebensaufgabe gemacht hat. Er ist schon sehr früh ein bestiger Gegner des kapitalistischen Wirtschaftssystem geworden, und diese scharfe Kampfstellung hat ihn sein ganzes Leben lang charakterisiert. Er wurde im Kampf oft in die Defensive gedrängt — aber nur, um dann um so frischer zum Angriff hervorzuwachen. Konsequenz bis in die Fingerspitzen hinein — „dies Wort sie sollen lassen stahn, das soll mir bitten ab kein Mann!“ — eine gutturalische Natur, die den Gegner immer wieder in die Schranken zwang. Konsequenz verlangte er auch von anderen, und wenn er einmal von einem Federhelden ein schönes Gedicht sah, das frisch vorwärts rief, so warf er es dennoch ins Feuer, wenn er danach erfuhr, daß es der Verfasser nur mit Tinte, nicht aber mit seinem Herzblut geschrieben hatte.

Das gilt heute noch so gut wie vor fünf- undzwanzig Jahren — Gott sei Dank, der Teufel hole die Kompromißler! — Wir beenden schnellig unsere Gratulationscour, wissend, daß, führten wir noch zwei Spalten Daten aus seinem ereignisreichen Leben an, Hugo Rödel sich das für künftige Gelegenheiten ernstlich verbieten würde. Und da er noch jung an Jahren ist — er wird in diesem selben Jahre erst sechzig — wird es an solchen Gelegenheiten, Rückschau zu halten, nicht fehlen. Wir wünschen ihm auch für die kommende Zeit seinen frischen Kampfesmut, schon deshalb, um immer das anfeuernde Beispiel eines unverwundlichen Optimisten vor Augen zu haben, und natürlich Gesundheit und langes Leben, damit der Bewegung dadurch noch weiterer Gewinn erwachsen möge!

## Aus der Gewerkschaftsbewegung

### Hermann Rube

Nach mehrwöchigem Krankenlager verschied am 17. Januar der langjährige Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann



Rube. Der Tod hat ihn im 67. Lebensjahr erreicht. Von einem Schlaganfall, den Hermann Rube im November 1931 erlitten, hat er sich nicht mehr richtig erholt. Rube wurde in Lorange geboren und war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines besoldeten Kassierers der Zahlstelle Berlin. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut, das höchste Ehrenamt, das eine Berufsorganisation zu vergeben hatte. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Ueberführung nach Berlin im Jahre 1903 verfiel er nun das Amt des Bundeskassierers. In der fast dreißigjährigen Tätigkeit hat er sich zweifellos das Vertrauen der Gewerkschaften erworben. Die Erfolge des ADGB. wären nicht möglich gewesen, wenn neben anderen nicht auch die Kassenverhältnisse in bester Ordnung gehalten wurden. Ueberall erfreute sich Hermann Rube des besten Ansehens. Bis zuletzt hat er seine Pflicht erfüllt. Ein beschaulicher Lebensabend sollte ihm nicht vergönnt sein. Wir werden des alten Freundes noch lange gern gedenken.

Die erste Broschüre der Eisernen Front! In einer im Dieß-Verlag erschienenen Broschüre „Eiserne Front“ vereinigen sich Otto Wels, Karl Hötkermann, Peter Großmann und Fritz Wilmung, um die Marschrichtung und das Angriffsziel der antifaschistischen Kampforganisation darzulegen. Der Preis beträgt 15 Pf.



Der Wiederhall der Preissenkungsaktion Die Berliner Wochenzeitung „Die Ente“ bringt diese verheißungsvolle Ankündigung. Ach, wenn es doch eine Ente wäre!



# Die harte Jahreszeit

## Winterwandern als Naturerlebnis

Von Adolf Lau, Berlin.

### Früher wanderte man nicht im Winter

Die Krisenzeit der Gegenwart hemmt insbesondere auch die rechte Durchführung der sportlichen Tätigkeit, der auch in der Jugendarbeit selbst der Gewerkschaften immer größere Bedeutung zukommt. Besonders wird davon der Wintersport — und zwar in erster Linie der Skisport — betroffen. Wenn es nicht schon früher möglich war, sich Skier zu beschaffen, der wird jetzt kaum dazu kommen. Dabei findet der Skisport gerade in den Kreisen der minderbemittelten Jugend immer zahlreicher Anhänger. Da muß man sich zur rechten Zeit daran erinnern, daß im Winter ja nicht nur der Skisport gepflegt werden soll. Man möge auch dann das ehrwürdige Wandern nicht vergessen.

Lange Zeit galt es allerdings als unsinnig, im Winter „in der Kälte“ durch die Landschaft zu wandern. Bis in die Nachkriegszeit hinein genügte es an vielen Orten den Sportlustigen, sich auf Rodel- und Eisplätzen zu tummeln. Nur wenige zogen hinaus. Besonders gefördert wurde diese Auffassung durch die Tradition und durch die Einstellung der Eltern, die es absolut nicht dulden wollten, daß „die Kinder sich einen Schnupfen holen“. Dabei kam ihnen nie in den Sinn, daß gerade das Stubenhocken im Winter den Erhaltungserfordernissen Vorschub leistet. Selbst der Erlebnis Hunger der Jugend blieb zu einem Teile ungefüllt, denn in der Langweiligkeit der langen Winterabende am warmen Ofen konnte kein besonderer Lebensgenuss entstehen.

### Und heute . . . ?

Heute ist es glücklicherweise bedeutend anders geworden. Nachdem der Skisport auch den sportfreudigen Arbeiterschichten zu einem wichtigen Lebensbedürfnis geworden ist, wandte man sich mehr dem Aufenthalt in der freien Natur auch im Winter zu. Die gesundheitliche Wirkung der reinen Winterluft auf Lungen, Herz und Sinne wurde erkannt und beherzigt. Winterwandern ist so manchen Kreisen genau so wichtig geworden, wie das Wandern im Frühjahr, Sommer und Herbst. Besonders gilt das von vielen Gruppen der Naturfreunde und der Jugend. Dennoch trifft man auch dort noch eine gewisse Zurückhaltung. Das muß überwunden werden. Vielleicht hilft die Notzeit unserer Gegenwart dabei, aber wir sollten deshalb natürlich nicht wünschen, daß solche Notzeit öfter wiederkehre, um als Hilfsmittel in der Sport-erziehung zu dienen.

Ueber die gesundheitlichen Werte des Winterwanderns herrscht kein Zweifel. Diese treten erst in Erscheinung, wenn man das Thema Schönheit und Genuß in der Natur berührt. Auch da gilt es, die letzten Bedenken zu zerstreuen. Das körperliche Wohlbefinden kommt bei manchen Menschen erst auf, wenn sie sich in jeder Hinsicht in Bequemlichkeit und Wohlsein reden können. Da fällt nun gewiß einiges im Winter fort. Es ist z. B. kalt, und das ist wirklich manchmal unangenehm. Man kann draußen nicht lagern und sich im Sonnenschein „aalen“. So scheint die Geselligkeit sehr zu leiden. Auch Sportspiele finden keinen rechten Anreiz da draußen, man kann sich höchstens zu einer lebendigen Schneeballschlacht auftraffen. Aber da frieren einem bald die Hände. Im Winter merkt man erst, was für Entschuldigungsgründe für mangelnde Sportbetätigung der bequemliche Mensch alles erfinden kann. In Wirklichkeit ist natürlich alles nur halb so schlimm. Die Hände werden nicht erfrieren, und die Geselligkeit kann nach g. Heranwärtigen durch die verschneite Landschaft um so gemütlicher und eindrucksvoller in den zahlreichen Naturfreundeheimen, die ja allen Arbeiterportfreunden offenstehen, und in vielen guten Jugendherbergen zur Geltung kommen. So wären schon manche Bedenken erledigt.

### Die Natur als Künstlerin

Und die Schönheit der Natur da draußen? Schaut nur richtig, dann wird euch bald ein Licht aufgehen. Großartige Farbensinfonien gibt es zwar jetzt nicht, aber auch herrliche Schwarz-Weiß-Malerei war nie zu verachten. Und die winterliche Natur gibt sie uns oft in herrlicher Schönheit. Natürlich wird das Erlebnis in den verschiedensten Landschaftsgebieten verschieden sein. Ueberall aber zaubert der Raufreif wundervolle, kristallinen glitzernde Bilder. Im weiten norddeutschen Flachland sind dann die stillen, tief verschneiten Wälder von großem Eindruck. Und die Seen mit ihren weiten Eisflächen laden direkt zum Eisport. So sind hier auch sogenannte Schlittschuhwanderungen zu allsonntäglichen Ereignissen geworden. Selbst eine Dünenwanderung am Meer hinterläßt auch heute interessante Eindrücke. Die Wellen

türmten oft die Eisschollen zu hohen Bergen auf und die Strandwälder sind immer noch wild zerzaust. Die vom Sturm verärrten Schneekristalle bilden dort nun die wunderbarsten Gebilde. Dasselbe zeigt sich, wenn man in die höheren Bergesregionen kommt. Auch dort finden sich — vom Schnee und Sturm gebildet — die interessantesten Gestalten. Menschliche Baukunst und Karikatur kommt da nicht mit. Hier hat man aber auch noch mehr Beobachtungsmöglichkeiten. In den Tiefen schaut oft noch der immergrüne Wald hervor. In den Tälern liegen friedliche Dörfer mit schwarzen und roten Dächern, soweit dort die Sonne schon zur Schneeschmelze beigetragen hat. Leicht kräuselt sich der graue Rauch über den Häusern. Und oben auf den Höhen sind die einzeln liegenden Siedlungen meterhoch eingeschneit. Die Heime und Bauden auf den Rämmen der Berge wirken wie Eispaläste, so sind sie über und über mit Eis- und Schneekristallen bedeckt. Wer wollte sich solche Erlebnisse entgehen lassen.

### Die soziale Seite . . .

Aber in diesen Gegenden soll man auch das soziale Moment nicht aus dem Auge

lassen. Der Winter bringt gerade in den Berggebieten oft Not und Elend. Die lärglichen fruchtbringenden Landstreifen und Wiesen sind monatelang unter dem Schnee vergraben. Das Vieh muß sich im Stall mit mühsam gesammeltem Futter begnügen. Fruchtbringende Erntezeit ist so in diesen Gebieten für Monate verbannt. Dazu herrscht in den Hütten meist größte Kermlichkeit. Wo die Heimarbeit schließlich beheimatet ist — in den mitteldeutschen Berggebieten fast überall —, da sieht es nicht besser aus, denn die Schinderei der ganzen Familie von den jüngsten Jahrgängen an erreicht einen größeren Prozentsatz als in der Großindustrie, und die Entlohnung ist für 12 und 16 Stunden Arbeit miserabel. Schaut nur in die Heimstätten der Spielzeug-, Weihnachtswaren- und Spitzenindustrie des Thüringer Waldes, des Erzgebirges und der anschließenden Höhenzüge. Ferner ist die Mühseligkeit zu beachten, mit der die Bergbewohner ihren lärglichen Lebensunterhalt auf tief verschneiten Wegen heranschaffen müssen. Mit den Menschen zugleich seien Wild und Vogel nicht vergessen.

# Das hat man euch in der Geschichtsstunde nicht erzählt!

## Monarchen, die mit dem Blut der Untertanen Geschäfte machten und deutsches Land verkauften

Die völkischen Bürgerschmierer behaupten, die Demokratie sei korrupt, das „System“ und die „Bonzen“ seien käuflich oder verkaufte ihre politische Tätigkeit mit unsauberen Geldgeschäften. In Wirklichkeit kann nur die öffentliche Kontrolle durch ein demokratisches Parlament den Mißbrauch des Staates zur Bereicherung der Herrschenden verhindern, der früher als ganz selbstverständlich geübt wurde. Nur haben wir eben noch viel zu wenig wahrhaft demokratischen Geist, die republikanischen Staatsmänner werden auf Schritt und Tritt durch das üble Erbe der Vergangenheit gehemmt. Eben jetzt kommt ans Licht, daß das Deutsche Reich dem gewissen Bulgarenkönig Ferdinand, aus dem Fürstengeschlecht der Koburger, bis jetzt fortlaufend viele Millionen Mark zahlen mußte, weil sich der gerissene König dies ausbedungen hatte, bevor er seinen Truppen den Befehl gab, an der Seite Deutschlands und Oesterreichs in den heiligen Krieg zu ziehen!

Solche Geschäfte gehörten ja früher zu den beliebtesten Bereicherungsquellen der deutschen Fürsten. Viele deutsche Fürsten haben im 18. Jahrhundert Regimenter ihrer Untertanen an ausländische Mächte einfach verkauft oder vermietet. Eine andere Methode wählte der Begründer des preussischen Militärstaates, der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm, dem die Völkischen aller Schattierungen bei jeder Gelegenheit begeistert Lobeshymnen singen. So feierte der „Völkische Beobachter“ vom 26. März 1931 (in der Beilage „Der SA-Mann“) erst kürzlich den Großen Kurfürsten als genialen Mann, der sein Leben der Freiheit und Ehre Brandenburgs und der deutschen Nation widmete, ohne persönlichen Ehrgeiz. Dies ist eine grobe Geschichtsfälschung. Das Streben des Kurfürsten nach Landwerb hatte nicht die geringste nationale Tendenz, es war rein dynastisch. Als Mittel diente ihm eine Diplomatie, die selbst für jene strapulose Zeit ungewöhnlich schamlos war. Unaufhörlich schloß er feierliche Bündnisse und Verträge, die er ohne weiteres bricht, wenn ihm die Gegenseite größere Vorteile bietet. Dabei spielte Geld eine große Rolle. Seine ganze Umgebung war im französischen Sold, aber auch der Kurfürst und seine politische sehr einflußreiche Frau nahmen Geld und forderten es in drängender Weise. Der einzige unbefleckliche Staatsmann Schwerin erklärte dem französischen Gesandten einmal, Frankreich habe jetzt bloß deshalb so geringe Erfolge in Berlin, weil es nicht mehr so gut zahle wie früher. So habe er schon wiederholt, sagte er hinzu, an das Geschenk für die Kurfürstin erinnern müssen. (Vgl. Hans Frueh, Preussische Geschichte, Band II, S. 173, 246, 250, 273.)

Nur die Tatsache, daß Friedrich Wilhelm sich zeitweise völlig zum französischen Vasallen gemacht hatte, ermöglichte dem König Ludwig XIV. den Raub Strahlwurms und anderer deutscher Gebiete. Auch verpflichtete er sich, für viel Geld seinen ganzen Einfluß anzuwenden, um dem Franzosenkönig oder seinem Sohn die deutsche Kaiserkrone zu verschaffen! (Vgl. Erdmannsdörffers, Deutsche Geschichte von 1648 bis 1740, Band I, S. 630, 663, 670-674, 691.) Der Kurfürst schloß damals ein Bündnis mit Ludwig XIV., worin er sich gegen große Geldbeträge verpflichtete, den franzö-

sischen Raub zu verteidigen, „ohne Recht oder Unrecht des Allierten zu unterstehen“. In ganz Deutschland wachte die Empörung über diese Schmach auf. Der Kaiser, obwohl selbst von den Türken gefährdet, wollte den Reichskrieg gegen Frankreich. Doch die drohende Haltung Brandenburgs hinderte dies. Drei Tage nach dem Eintreffen der Nachricht von der Besetzung Straßburgs durch die Franzosen überreichte der Kurfürst Friedrich Wilhelm dem französischen Gesandten einen mit Diamanten besetzten Ehrenbogen. —

Wenn das Elend dem Deutschen Reich verlorengegangen ist, so verdanken wir dies in allererster Linie dem Verrat des Großen Kurfürsten und der späteren, in ähnlichen Bahnen wandernden Politik des völkischen Obergötzen Fredericus.

## Mut zur Treue

Es liegt im Wesen der Jugend, ihre Kraft zu erproben, Freude zu haben am Widerstand und innerlich etwas zu fühlen, das stärker ist als alles, das sich da anstimmmt.

Und da lockt den einen oder anderen der jungen Menschen die nationalsozialistische Romantik. Da hören sie ein lautes und dröhnendes Wort. Da glauben sie, das zu finden, das ihre Kräfte erproben läßt. Da glauben sie, ein Erleben des innerlichen Selbst zu finden. Und doch, welch ein Irrtum!

Es ist schlapp, die alte Fahne der eigenen Klasse zu verlassen. Es ist schlapp, in Zeiten der Not den geringsten Widerstand aufzubrechen und denen zu folgen, die da ohne sozialen Trost in nationalistischen Reden schwelgen.

Es ist ein Stück moralischer Kraft, treu zu sein. Hier kannst du dich messen und zeigen, hier im zähen sozialen, gewerkschaftlichen Werk.

Solche Weisheit, wie die Erde sie noch nie gesehen hat, kann kein Verband, kein Programm, keine Partei von heute auf morgen überwinden, und folgst du solcher Verprechung, dann folgst du dem Lug und dem Trug. Und der Schwäche. Und du bist nicht jung. Weil du nicht trotzig und glaubend bist.

Nein, es geht nicht von heute auf morgen. Hier nicht und da nicht. Aber wir beißen uns durch. Wir erzwingen das Raß des Möglichen. Und erkämpfen so, vielleicht eher als wir heute noch glauben, den ganzen Endsieg.

Während du abseits standest. Bei den anderen. Im Kreise der Untertanen und Generale und Prinzen. — während du da deine junge, herrliche Kraft verzeilt hast. Und während du uns den Kampf und den Sieg überließest.

Uns! Den Arbeitern!

## Der vergnügte Malerlehrling

In der „Malerjugend“ finden wir folgenden hübschen Gedicht, das einen Malerlehrling aus Buzlau in Schlesien zum Verfasser hat:

Der Pinsel quillt, die Farbe quillt,  
der Maler ist vergnügt.  
Die Leiter tanzt, die Bürste klackst,  
das Lineal sich biegt.  
Der Leim, der schwebelt voller Lust,  
die Kreide lacht gar hell.  
Das Rot, das schreit aus voller Brust,  
und Grün, das leuchtet grell.  
Der Krüppel hüpft im Eimer rum,  
das Wasser flüßert schäum.  
Da ist das Gelb denn auch nicht dumm  
und freut sich mit dem Blau.  
Die Farbentippel tanzen Reihn,  
der Maler singt und lacht.  
Er kann ja nicht mehr schöner sein,  
das quillt und planzt und tracht.  
Da plötzlich geht die Türe auf,  
der Meister tritt herein.  
Da hört der Spaß auf einmal auf,  
es kann nicht stiller sein.

## Nachtgedanken

Von Heinrich Heine.

Denk' ich an Deutschland in der Nacht,  
Dann bin ich um den Schlaf gebracht.  
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,  
Und meine heißen Tränen fließen.

Die Jahre kommen und vergehn!  
Seit ich die Mutter nicht gesehn.  
Zwölf Jahre sind schon hingegangen:  
Es wächst mein Sehnen und Verlangen.

Mein Sehnen und Verlangen wächst,  
Die alte Frau hat mich bekehrt.  
Ich denke immer an die alte,  
Die alte Frau, die Gott erhalte!

Die alte Frau hat mich so lieb,  
Und in den Briefen, die sie schrieb,  
Sah' ich, wie ihre Hand gezittert,  
Wie tief das Mutterherz erschütteret.

Die Mutter liegt mir stets im Sinn,  
Zwölf lange Jahre flossen hin,  
Zwölf lange Jahre sind verflissen,  
Seit ich sie nicht ans Herz geschlossen.

Deutschland hat ewigen Bestand,  
Es ist ein kerngesundes Land,  
Mit seinen Eichen, seinen Föhren,  
Werd' ich es immer wiederfinden.

Nach Deutschland led'ich ich nicht so sehr,  
Wenn nicht die Mutter dorten wär:  
Das Vaterland wird nie verderben,  
Jedoch die alte Frau kann sterben.

Seit ich das Land verlassen hab',  
So viele sanken dort ins Grab,  
Die ich geliebt — wenn ich sie zähle,  
So will verbluten meine Seele.

Und zählen muß ich — Mit der Zahl,  
Schwülle immer höher meine Qual:  
Mir ist, als wälzten sich die Leiber,  
Auf meine Brust. — Gottlob! die Zahl!

Gottlob! durch mein Fenster blickt  
Französisch' heut'eres Tageslicht:  
Es kommt mein Weib, schön wie er, Man sagt,  
Und lachet fort die deutschen ergen.

